



Niederschrift zur 8. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Ordnung der Stadt Zossen

Sitzungstermin: Dienstag, den 05.10.2021
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 21:25 Uhr
Ort, Raum: **Bürgerhaus Wündorf (großer Saal), Am Bürgerhaus 1 in
15806 Zossen, Ortsteil Wündorf**

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzende

Herr Thomas Czesky

Ausschussmitglieder

Herr Thomas Blanke

Herr Detlef Klucke

Vertreter für Herrn Manthey

Frau Janine Küchenmeister

Herr Steffen Sloty

Herr Rolf von Lützow

Vertreter für Herrn Käthe

sachkundige Einwohner

Herr Joachim Büder

Bürgermeisterin

Frau Wiebke Sahin-Schwarzweiler

Öffentlichkeitsarbeit

Herr Michael Roch

Protokollantin

Frau Carolin Peidelstein

Es fehlen:

Ausschussmitglieder

Herr Wilfried Käthe

entschuldigt

Herr Olaf Manthey

sachkundige Einwohner

Herr Jens Kaehlert

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 31.08.2021
5. Bericht aus der Verwaltung
6. Einwohnerfragestunde
7. Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder
8. Beratung von Beschlussvorlagen
- 8.1. Antrag der Fraktion Plan B-offene Liste übergeben an den Vorsitzenden der SVV am 30.08.2021:
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen
Vorlage: 115/21

- 8.2. Antrag der Fraktion Plan B vom 16.09.2021 eingegangen bei der Stadt Zossen am 16.09.2021
Vorlage: 116/21
9. Beratung zum Thema Erbbaupachtvertrag
10. Beratung über die geänderte brandenburgische Kommunalverfassung
11. Beratung über die Änderung der Geschäftsordnung
12. Beratung zum Thema Rederecht der Einwohner und nicht Ausschussmitglieder

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Czesky, um 19:01 Uhr eröffnet.

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass von den sechs stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fünf anwesend sind. Die Sitzung ist somit beschlussfähig.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Frau Sahin-Schwarzweiler zieht den TOP 10 - Beratung über die geänderte brandenburgische Kommunalverfassung zurück. Dazu wird es beim nächsten RSO eine Beratung geben.

Abstimmung: 5 / 0 / 0

Herr Klucke erscheint um 19:02 Uhr, somit sind sechs Ausschussmitglieder anwesend.

zu 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 31.08.2021

Es liegen keine Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der oben genannten Niederschrift vor. Diese gilt damit als angenommen.

zu 5 Bericht aus der Verwaltung

Kein Bericht.

zu 6 Einwohnerfragestunde

Bürger 1:

Wann kann man etwas zur Öffnung Blumen- und Wulzenweg lesen?

Frau Sahin-Schwarzweiler:

Das Protokoll wurde eben freigegeben und wird demnächst auf unserer Homepage veröffentlicht.

zu 7 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Herr Freiherr von Lütow:

Auf dem Parkplatz links neben der Erstaufnahmeeinrichtung stehen 6-7 Schrottautos. Jetzt wurden Plaketten an die Fahrzeuge geklebt. Wie lange dauert es, bis diese abgeschleppt werden? Zum Teil wird mit den Fahrzeugen nachts gefahren. Da sollte die Polizei kontrollieren.

Frau Sahin-Schwarzweiler:

Wir stehen mit der Polizei in Kontakt. Wie lange das dauert, bis abgeschleppt wird, kann nicht abgeschätzt werden.

Frau Küchenmeister:

Thema Blumenweg und Wulzenweg: Welche Punkte müssen noch erarbeitet werden?
Welche Punkte sind bereits schon abgearbeitet?

Frau Sahin-Schwarzweiler:

Die Verwaltung ist so weit, dass Anfang nächster Woche die Bäume gefällt werden. und alle weiteren Maßnahmen beginnen können. Es soll eine zusätzliche Befahrbarkeit für das Haus an der Ecke geben. Dort wurde bereits angefangen Bäume und Sträucher zu entfernen.

Herr Blanke:

Auf der Straße zwischen Kallinchen und Schöneiche gibt es umfangreiche Arbeiten am Gaswerk. Die Umbauarbeiten laufen seit Sommer 2021 sehr intensiv. Handelt es sich um das Hoheitsgebiet von Zossen oder betrifft es den Landkreis Dahme Spree? Die Baumaßnahmen haben starke Beeinträchtigung der Umwelt und beeinflussen das Grundwasser sehr stark. 20 ha des Waldes dahinter sind bereits geflutet. Man steht mittlerweile kniehoch im Sumpf.

Frau Sahin-Schwarzweiler:

Sie können der Verwaltung ja eine Zusammenfassung des Sachverhaltes schreiben und dann machen wir einen Vor-Ort-Termin und prüfen das.

zu 8
zu 8.1

Beratung von Beschlussvorlagen

**Antrag der Fraktion Plan B-offene Liste übergeben an den Vorsitzenden der SVV am 30.08.2021: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen
Vorlage: 115/21**

Die SVV beschließt:

- 1. Wir erklären unseren uneingeschränkten Willen, alle in Zossen ansässigen Vereine zu unterstützen.*
- 2. Insbesondere unsere Sportvereine wollen wir durch die Möglichkeit der Nutzung unserer kommunalen Sportanlagen und Sportgebäude zu für die Vereine erträglichen Konditionen bei Nutzungsentgelten und Mieten unterstützen.*
- 3. Wir erklären verbindlich, keine einzige unserer kommunalen Sportanlagen und kein einziges zur Sportnutzung vorgesehene Gebäude, insbesondere das Mehrzweckgebäude des Sportforum Dabendorf, das Burgbergareal Wünsdorf und die Sportanlage Glienick zu verkaufen oder als Hauptmieter an einen nicht ortsansässigen Verein oder anderen Dritten zu vermieten.*
- 4. Wir sehen und tragen unsere Verantwortung für unsere ortsansässigen Vereine. Ausschließlich mit diesen werden entsprechende Nutzungsverträge zur finanziell von uns geförderten Nutzung der Sportanlagen und Sportgebäude abgeschlossen.*
- 5. Wir weisen die Verwaltung an, Anfragen und Angebote zur Übernahme, zum Kauf oder zur längerfristigen Miete/Nutzung unserer Sportanlagen und Sportgebäude durch Nichtortsansässige Vereine, private oder gewerbliche Dritte unverzüglich zurückzuweisen und verbindlich abzulehnen. Hierüber sind anschließend die SV zu informieren.*

Herr Klucke:

Abschnitt 5 sollte geändert werden in „Wir beauftragen ... „

Herr Blanke:

Der Antrag ist nicht abstimmfähig sondern meinungsbildend.

Frau Sahin-Schwarzweiler:

Sollte der Beschluss gefasst werden, wird dieser beanstandet. Wir bearbeiten eine Satzung. Zossener Vereine und Bürger haben immer ein Vortrittsrecht. Dieser Beschluss würde Beispielsweise den Abi-Ball, der durch einen Dritten, nicht Zossener Unternehmen veranstaltet wird, erschweren.

Frau Leisten interpretiert den Antrag anders, da das Wort „langfristig“ im Antrag ist.

Abstimmung: 1 / 3 / 2

Der Beschluss wird nicht empfohlen.

Die SVV beschließt:

1. Wir erklären, zukünftig auf die Möglichkeit der online Sitzungen bei Stadtverordnetenversammlungen und Ausschüssen zu verzichten.

2. Wir erklären verbindlich, nicht länger online Sitzungen durchzuführen, da wir jetzt über ausreichend große und belüftete Sitzungsräume verfügen und durch die Möglichkeit der Impfungen alle gefährdeten Mandatsträger geschützt sind.

3. Wir weisen die Verwaltung an, ab sofort die Sitzungen als reine Präsenzsitzungen zu organisieren und laufende Verträge oder Vereinbarungen wegen online Sitzungen zu kündigen oder zu beenden.

4. Sämtliche hierdurch eingesparten Haushaltsmittel (nach Angabe der Verwaltung ca. 1.000 €pro Sitzung) werden für Investitionen/ kleinere Anschaffungen im Bereich der kommunalen Kitas zur Verfügung gestellt. Die eingesparten Mittel für den Rest des Haushaltsjahres 2021 und die Mittel für 2022 werden für die Außenanlage der Kita Rappelkiste eingesetzt.

Frau Sahin-Schwarzweiler:

Wir sollten den Antrag bis zum 26.10. rechtlich prüfen lassen.

Frau Leisten:

Der Betrag der gespart werden könnte, sollte 1 zu 1 an die kommunalen Kitas gegeben werden. Sie sagten gestern, das geht haushälterisch nicht. Deswegen der Vorschlag, wenn es denn so ist, dass man das abändert und den Text mit dem Betrag ändert.

Herr Blanke:

Das Schlimmste wäre die Unzulässigkeit einer Sitzung.

Herr Büder, sachkundiger Einwohner:

Im Juni gab es ein Rundschreiben vom MIK zu solchen Situationen. Da wurde eindeutig darauf hingewiesen, dass auch aus anderen Gründen die Berechtigung besteht, dass Ausschussmitglieder in Videokonferenzen teilnehmen dürfen. Es ist eindeutig geregelt.

Frau Sahin-Schwarzweiler:

Wie sollten für uns Kriterien festlegen, wann online Sitzungen zulässig sind. Noch ist kein einzelner Fall zur online Sitzung aktenkundig. Jeder sollte sich rechtzeitig zur Onlinesitzung anmelden, damit wir eine bessere Kostenplanung haben. In der Geschäftsordnung könnte geregelt werden, dass derjenige, der online an der Sitzung teilnimmt, weniger Sitzungsgeld erhält.

Herr Klucke möchte, dass der Beschluss nicht abgestimmt wird. Die Fraktionen können Hinweise an die Verwaltung oder an ihn geben und dann wird der Beschluss überarbeitet.

Beratung zum Thema Erbbaupachtvertrag

Frau Sahin-Schwarzweiler stellt eine PowerPoint Präsentation zum Thema Erbbaupachtvertrag vor. Die Präsentation wurde vor der Sitzung an alle Ausschussmitglieder verteilt und wird dem Urprotokoll beigelegt.

Das Arbeitspapier umfasst folgende Punkte:

Ankaufsrecht in Erbbaupachtverträgen

Grundsatz

Kaufpreis

Fälligkeit Kaufpreis

Pflichten Verkäufer/ Zustand des Grundstückes

Pflichten Käufer/ Zustand des Grundstückes/ Eigentumsübergang

sonstige Bestimmung

Herr Gurczik:

Der Vertragsvorschlag hört sich gut an. Es sollte festgehalten werden, wie das Grundstück übergeben wurde – mit oder ohne Erschließung.

Frau Sahin-Schwarzweiler:

Die Investoren werden an dem Straßenbau beteiligt. Die Anschlusskosten trägt der Investor weitestgehend ebenfalls.

Man muss das ganze differenziert betrachten. Was ist das Beste für unsere Stadt?!

Frau Küchenmeister:

Wir wollen eine Grundlage schaffen. Vielleicht sollten wir 2 Varianten erstellen. Eine mit und eine ohne Kaufoption.

Frau Sahin-Schwarzweiler:

Die Präsentation kann gerne zur Verfügung gestellt werden und sie arbeiten Ihre Vorschläge ein und dann sehen wir, ob es im Entwurf des Vertrages enthalten ist. Der Vertrag wird rechtzeitig vor dem nächsten RSO zur Verfügung gestellt.

zu 10 Beratung über die geänderte brandenburgische Kommunalverfassung

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

zu 11 Beratung über die Änderung der Geschäftsordnung

Frau Sahin-Schwarzweiler stellt eine PowerPoint Präsentation zum Thema Änderung der Geschäftsordnung vor. Die Präsentation wurde vor der Sitzung an alle Ausschussmitglieder verteilt und wird dem Urprotokoll beigefügt.

Die Präsentation enthält folgende Punkte:

I Stellungnahme der Verwaltung zu vorgebrachten Änderungswünschen

II Hauptproblemfelder aus Sicht der Verwaltung

Herr Gurczik:

Man sollte auch mal einen Dialog führen und nicht immer ein Frage-Antwort-Spiel. Alle Stadtverordneten die Interesse an den Themen haben, sollten auch die Ausschüsse besuchen. Dann besteht die Möglichkeit zur Diskussion weder im Hauptausschuss noch in der Stadtverordnetenversammlung.

Zum Mitspracherecht der Bürger – viele Bürger suchen bereits den Kontakt zu uns. Vielleicht könnte man bis zu 5 Bürger je 3 Minuten sprechen lassen oder bestimmten Vereinen das Mitspracherecht erteilen.

Frau Sahin-Schwarzweiler:

Es können auch Fragen schriftlich formuliert werden, die dann in der Sitzung beantwortet werden. Während der Sitzung kann eine Nachfrage gestellt werden. Die Zeit würde auch nicht von der Einwohnerfragestunde abgehen.

Herr Freiherr von Lütow:

Bekommt die ADV ein Ratsinformationssystem hin?

Frau Sahin-Schwarzweiler:

Das wird ein externer Dienstleister übernehmen und es ist auch im Haushalt vorgesehen.

Frau Küchenmeister:

Die Einwohnerfragestunde ist ein schwieriges Thema. Wir haben einen Beschluss, der den Einwohnern ein Rederecht einräumt. Das müssen wir in der Geschäftsordnung mit einarbeiten. Wir machen dies bereits länger als ein Jahr, deswegen haben wir einen Rechtsanspruch.

Rednerlisten werden geführt. In der SVV wird dies so gehandhabt. Wenn es in der Geschäftsordnung weiterhin heißt „Ende der Rednerliste“, sollte ein neues Dokument erstellt werden.

Beim Ratsinformationssystem müssen wir die Beschaffung der Soft- und Hardware

beachten.

Frau Sahin-Schwarzweiler:

Der Beschluss ist rechtswidrig und Rederecht ist laut Kommunalaufsicht nicht vorgesehen. Der Beschluss ist nicht umzusetzen. Es gibt keinen Rechtsanspruch und kein Gewohnheitsrecht.

Das Rederecht außerhalb der Einwohnerfragestunde ist für die Verwaltung komplett obsolet. Schriftlich Fragen einzureichen wäre ein Kompromiss.

Zur Rednerliste könnte ein Dokument erstellt werden, wo die Redner 1-15 drauf stehen. Diejenigen müssten sich dann zu Beginn melden und dann wird die Liste abgearbeitet. Es dürfte dann keine weiteren Redner geben.

Sie könnten auch Ihr eigenes Gerät nutzen. Die Mehrheit wird das Ratsinformationssystem nutzen wollen. Es ist eine Frage des Datenschutzes.

Herr Blanke:

Er ist für eine Sitzungszeit von 18.30 Uhr bis 22.30 Uhr. Das sind 240 Minuten. Mit der Einwohnerfragestunde und den Formalitäten ist bereits die erste Stunde vorbei und dazu machen wir noch zwei Pausen mit jeweils 20 Minuten. Mit den aktuellen Tagesordnungen haben wir nicht mehr als 4-6 Minuten pro Tagesordnungspunkt. Es sollten nur so viele Beschlüsse auf die Tagesordnung, dass diese in 240 Minuten geschafft werden kann.

Die Kompetenzen und Zuständigkeiten der Fachausschüsse sollte man als Rahmen der Geschäftsordnung als Richtlinie sehen.

Der Begriff Rednerliste ist ein wichtiger Bestandteil. Diese ist abzuarbeiten. Vielleicht könnte man mal eine Übungsstunde zur Geschäftsordnung machen.

Herr Czesky:

Der Kreis macht Tonaufzeichnungen. Das sollten wir auch machen.

Herr Klucke:

Der Vorsitzende ist für die Rednerliste verantwortlich. Tonaufzeichnungen sind eine gute Sache. Das Sitzungsende auf 22.30 Uhr zu verschieben, muss nicht sein. Es gibt einige Leute die früh aufstehen müssen. Das Ratsinformationssystem ist eine super Sache.

Herr Gurczik:

Zu Beginn jeder Sitzung müsste dann erwähnt werden, dass die Sitzung aufgezeichnet wird.

zu 12 Beratung zum Thema Rederecht der Einwohner und nicht Ausschussmitglieder

Herr Czesky:

Es sollte so wie es vom Gesetzgeber her vorgesehen ist, auch durchgeführt werden. Es gibt auch Gemeinden, in denen die Einwohnerfragestunde am Ende der Sitzung stattfindet. Es ist nicht gewünscht, dass eine Beeinflussung der Stadtverordneten stattfindet.

Frau Leisten:

Man könnte die Einwohnerfragestunde splitten. Jeweils am Anfang und Ende der Sitzung jeweils 15 Minuten.

Frau Sahin-Schwarzweiler:

Das dauert zu lange und wenn wir dann die Fragestunde vertagen müssten, wäre es sehr unpraktisch. Die Fragestunde muss an einem Stück sein.

Herr Klucke:

Es ist nicht ratsam den Antrag in der Einwohnerfragestunde zustellen. Die Einwohner sollten die Ausschüsse besuchen. In den Ausschüssen kann man darüber besser und länger diskutieren.

Herr Freiherr von Lützwow:

Er ist gegen das Rederecht. Es ist teilweise eine Erzählstunde. Wer was zu sagen hat, soll an uns herantreten und uns die Fragen zukommen lassen und dann können wir über die Probleme diskutieren.

Frau Sahin-Schwarzweiler:

Die Bürger können über so viele Medien kommunizieren. Jederzeit kann man die Bürgermeisterin erreichen. Es gibt außerdem Internetadressen, E-Mail und die Bürgerfragen auf der Homepage. Einen Termin gibt es innerhalb einer Woche. Die Bürgermeisterin ist immer erreichbar und für die Bürger da. Manche Probleme kann man nicht im Ausschuss lösen, sondern nur in der Verwaltung.

Herr Klucke:

Im letzten KTUE hätte uns diese Informationen keiner geben können. Der Ausschussvorsitzende muss das richtige Feingefühl dafür haben.

Frau Sahin-Schwarzweiler:

Sie hätten vorher mit Frau E. sprechen können und diese Informationen weiter geben können. Es werden oft Halbwahrheiten in einem Redebeitrag manipulativ gesteuert. Das ist gefährlich. Die Verwaltung holt nicht umsonst eine rechtliche Klarstellung durch Rechtsexperten herbei. Die Aussagen sind in diesem Moment oft nicht validierbar.

Frau Küchenmeister:

Falschaussagen oder Halbwahrheiten kann man nicht verhindern. Die meisten Einwohner kommen nur, wenn es sie direkt betrifft und in diesem Moment muss demjenigen auch das Rederecht gewährt werden. Die Fragen oder Informationen könnten vorher auch zugeschickt werden.

Frau Sahin-Schwarzweiler:

In der Pause kann der Bürger mit uns reden. Das klappt bis jetzt ganz gut. Auch in anderen Kommunen wird das nicht so praktiziert.

Herr Sloty:

Wenn die Einwohner zu jedem Tagesordnungspunkt befragt werden, dann werden wir in der Sitzung noch weniger Beschlüsse schaffen. Wir können gerne in der Einwohnerfragestunde darüber abstimmen.

Herr Blanke stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Herr Czesky schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:05 Uhr. Um 21:12 Uhr war die Nichtöffentlichkeit der Sitzung hergestellt.

im Orig. gez. Thomas Czesky
Ausschussvorsitzender

im Orig. gez. Carolin Peidelstein
Protokollantin (08.10.2021)